

magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Ausgabe 02.2011

24.02.2011

Besserung nicht in Sicht Gesundheitsförderungsbericht 2009



¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteingang)
²⁾ Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 8,23 %

**Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 6-Fachen
Ihrer Nettobezüge
7,99 % p. a.²⁾**

Exklusivangebote für alle Beamtinnen und Beamten im DGB

0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ Abruf-Dispokredit¹⁾²⁾

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge

Beispiel: Nettodarlehensbetrag	10.000,- Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	7,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	8,23 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

+ DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

- Mindestens 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag bei Abschluss UniProfiRente
- Rabatt gilt auch für bestehende Verträge
- Zusätzlich 200,- Euro einmalige staatliche Zulage für junge Riester-Einsteiger (bis 25 Jahre)

Jetzt informieren:

Bei Ihrem BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst,
unter www.bezuegekonto.de oder Tel. 0 180/40 60 105
(0,20 Euro/Anruf Festnetzpreis; Mobilfunkhöchstpreis: 0,42 Euro/Minute)



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Inhalt

Titel

Besserung nicht in Sicht – Der Gesundheitsförderungsbericht 2009 für die Bundesverwaltung || 4 |

Kommentar

Jörg Radek, stellv. GdP-Vorsitzender, über Gesundheitsmanagement bei der Polizei || 6 |

Meldungen

Bahn: EVG fordert schärfere Kontrollen || 7 |

Bund: Leiharbeit in Bundesbehörden || 7 |

Aus den Ländern

Bremen: Finanzsenatorin droht mit Ausstieg aus der TdL || 9 |

Baden-Württemberg: DGB formuliert Positionen zur Wahl || 10 |

Hamburg: DGB fordert mehr Mitbestimmung || 11 |

Thüringen: Regierung will Zahlungen an Pensionsfonds aussetzen || 12 |

Porträt

Hauptdezernent in der landesweit zuständigen Bergverwaltung Nordrhein-Westfalens || 13 |

Service

Gewerkschaftliche Interessenvertretung, Teil II || 14 |

Interview

Der DGB-Bezirksvorsitzende in Nordrhein-Westfalen Andreas Meyer-Lauber zum Landespersonalvertretungsrecht || 16 |

Aus den Gewerkschaften

GEW: Schuldenbremse bremst Bildung || 17 |

Vermischtes

GdP-Erfolg: Bereitschaftszeit ist Dienstzeit || 18 |

Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehbrock; Redaktion: Barbara Haas, Robert von der Heide, Mirjam Muhs, Gabriela Schill, Matthias Schlenzka, Henriette Schwarz; Titelbild: digitalstock.de/B. Leitner; Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen; Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE, Mannheimer Straße 80, 68804 Altlußheim, Telefon: 0211 72134571, Fax: 0211 72134573, infoservice@beamten-informationen.de, beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in diesem Monat veröffentlichte das Bundesinnenministerium den Gesundheitsförderungsbericht 2009 für die unmittelbare Bundesverwaltung. Der Bericht gliedert sich in zwei Teile: Zunächst werden die Aktivitäten im Bereich des Gesundheitsmanagements beschrieben, anschließend gibt es einen Überblick über die Fehlzeitenstatistik. Beide Kapitel werden allerdings nicht miteinander in Beziehung gesetzt. Auffällig ist der starke Anstieg der Fehlzeitenquote von 6,51 Prozent im Jahr 2008 auf 7,08 Prozent im Jahr 2009. Ein derart starker Anstieg um 1,42 Fehltag je Beschäftigtem innerhalb eines Jahres wurde seit 1998 nicht mehr verzeichnet. Über die Gründe für den vergleichsweise hohen Krankenstand in der Bundesverwaltung kann nur spekuliert werden. Aus Sicht der Gewerkschaften setzt ein effizientes behördliches Gesundheitsmanagement jedoch die Analyse der Ursachen für krankheitsbedingte Fehltag voraus. Die wesentlichen Ergebnisse des Gesundheitsförderungsberichts stellen wir Ihnen auf den Seiten 4 und 5 vor. Auch der stellvertretende GdP-Vorsitzende, Jörg Radek, greift das Thema Gesundheitsmanagement in einem Kommentar auf Seite 6 auf: Er verweist auf die besonderen Belastungen der Beschäftigten der Bundespolizei und mahnt eine systematische Gesundheitsvorsorge an.

Außerdem sprachen wir mit dem DGB-Bezirksvorsitzenden Andreas Meyer-Lauber über die Novellierung des Personalvertretungsrechts in Nordrhein-Westfalen. Das Interview finden Sie auf Seite 16. ■

Mirjam Muhs

Abteilung Beamte und öffentlicher Dienst beim DGB Bundesvorstand



Das Bundesministerium des Innern (BMI) veröffentlichte in diesem Monat den Gesundheitsförderungsbericht 2009 der unmittelbaren Bundesverwaltung. Der Grundsatz „Je höher die Laufbahn, desto niedriger der Krankenstand“, gilt noch immer. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kritisiert, dass die Fragen nach den Ursachen dieser Entwicklung mit Hilfe des Gesundheitsförderungsberichts nicht beantwortet werden können.

Der jährlich veröffentlichte Bericht gliedert sich in zwei Teile. Während im ersten Abschnitt die Gesundheitsförderung in der Bundesverwaltung behandelt wird, beinhaltet der zweite Teil des Berichtes die Fehlzeitenstatistik. Das BMI möchte mit der Veröffentlichung des Gesundheitsförderungsberichts einen Überblick über die Praxis der systematischen betrieblichen Gesundheitsförderung in der unmittelbaren

Besserung nicht in Sicht

Der Gesundheitsförderungsbericht für die Bundesverwaltung

Bundesverwaltung geben und Empfehlungen für das betriebliche Eingliederungsmanagement aussprechen. Zudem will es durch Erhebung der krankheitsbedingten Fehlzeiten eines Jahres darlegen, welche Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zur Verringerung der Fehlzeiten erforderlich sind.

Gesundheitsförderung

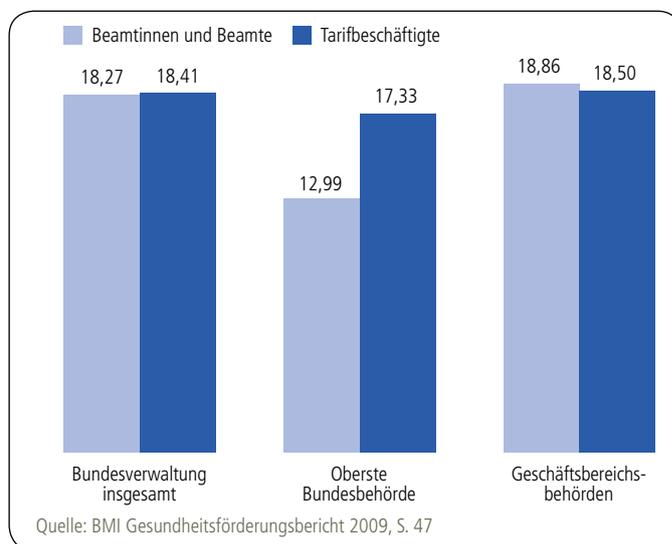
Die gute Nachricht in Sachen Gesundheitsförderung vorweg: Die Zahl der Arbeitsunfälle verringerte sich von 2005 bis 2009 um rund 40 Prozent. Hinsichtlich des Gesundheitsmanagements besteht jedoch Verbesserungsbedarf. So ergab die Auswertung einer Befragung von 177 Behörden und Dienststellen zum Thema Gesundheitsmanagement, dass weniger als die Hälfte der teilnehmenden Behörden über konzeptionelle Grundlagen oder die notwendigen finanziellen bzw. personellen Mittel zur Einführung eines Gesundheitsmanagements verfüge. Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung würden nur in einem Drittel der Behörden systematisch und zielorientiert geplant, umgesetzt, kontrolliert und verbessert. Zudem vernetze lediglich die Hälfte der Behörden die betriebliche Gesundheitsförderung mit den Aufgaben des betrieblichen Eingliederungsmanagements und des Arbeitsschutzes. Der Bericht informiert des Weiteren über die Auswertung einer von der Unfallkasse des Bundes durchgeführten Mitarbeiterbefragung im Rahmen des Pilotprojekts „Kompetenz. Gesundheit.

Arbeit“ zum Thema Gesundheit und Arbeitszufriedenheit. Diese ergab, dass laut Angaben der teilnehmenden Beschäftigten die sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz sowie der Charakter der Arbeit den größten Einfluss auf die Gesundheit und Arbeitszufriedenheit haben.

Krankheitsbedingte Fehlzeiten: Tendenz steigend

Für das Jahr 2009 ist eine Steigerung der krankheitsbedingten Fehlzeitenquote festzustellen. Lag sie 2008 noch bei 6,51 Prozent, so kletterte sie 2009 auf 7,08 Prozent. Ein derart starker Anstieg um 1,42 Fehltag je Beschäftigten innerhalb eines Jahres wurde seit 1998 nicht mehr verzeichnet. An jedem Arbeitstag fehlten damit von den 267.097 Beschäftigten (ohne Soldatinnen und Soldaten) in der unmittelbaren Bundesverwaltung aus krankheitsbedingten Gründen rund 18 900 Mitarbeiter. Hinsichtlich der Statusgruppen in der Bundesverwaltung ist zu konstatieren, dass sich die durchschnittlichen Fehltag von Beamtinnen und Beamten dem Wert der Tarifbeschäftigten annähern, wobei diese Entwicklung vornehmlich für die Geschäftsbereichsbehörden gilt. So sind im Bereich der obersten Bundesbehörden die Tarifbeschäftigten wie bereits im Vorjahr rund 4 Tage länger erkrankt als ihre verbeamteten Kolleginnen und Kollegen. Seit 2007 werden in dem Gesundheitsförderungsbericht zudem die Fehlzeiten nach Altersgruppen erfasst. Da jedoch nur für 68 Prozent der Beschäftigten der unmittelbaren Bundesverwaltung Altersstrukturdaten vorliegen, können die erhobenen Angaben lediglich Entwicklungstendenzen aufzeigen: Die krankheitsbedingten Fehltag steigen in allen Laufbahngruppen mit zunehmendem Alter an. Allerdings liegen die Fehltag der 25- bis 29-jährigen des einfachen und mittleren Dienstes

Fehltag nach Statusgruppen in der Bundesverwaltung 2009



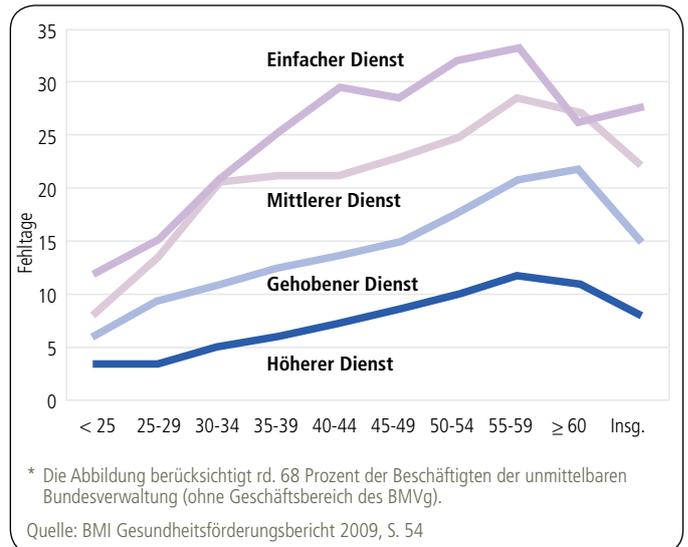
Titel

mit 13,64 bzw. 14,75 Fehltagen über den rund 11 Fehltagen der über 60jährigen Beschäftigten des höheren Dienstes.

Aussagekraft: Ungenügend

Unklar blieben die Ursachen für die aufgezeigte Entwicklung, so der DGB. Das BMI selbst betone zwar, dass die einzelnen Behörden die Zahlen im Rahmen eines ganzheitlichen Konzepts des betrieblichen Gesundheitsmanagements zum Zwecke der Ursachenforschung analysieren müssen. Doch stehe diese Erklärung im Widerspruch zu dem mit dem Bericht verfolgten Ziel, effektive Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zur Verringerung der krankheitsbedingten Fehlzeiten aufzuzeigen. Um die Gesundheit der Beschäftigten gezielt fördern zu können, müsse man die Arbeitsbedingungen so gestalten, dass sie nicht krank machten. Dafür müssten, laut DGB, die Ursachen arbeitsbedingter Erkrankungen jedoch bekannt sein. Er fordert daher die Weiterentwicklung des Gesundheitsförderungsberichts. So müsse der statistische Teil zum Krankenstand mit dem Abschnitt über die Gesundheitsförderung verknüpft werden. Auch wäre eine Diffe-

Krankenstand in der Bundesverwaltung nach Laufbahngruppen im Altersverlauf 2009*



renzung nach Arbeitszeitmodellen und Dauer der Arbeitsunfähigkeit aufgrund einzelner Diagnosen aussagekräftiger. Um den berechtigten datenschutzrechtlichen Interessen der Beschäftigten Rechnung zu tragen, sollten diese Daten durch anonymisierte Mitarbeiterbefragungen erhoben werden. Das Instrument der Mitarbeiterbefragung ist ein wichtiger Ansatz, den es auszuweiten gilt, so der DGB. Dabei eröffne sich zudem die Chance, die Beschäftigtenperspektive von vornherein einzubeziehen. ■

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Eine große Gemeinschaft bietet Schutz

Sie suchen eine optimale Vorsorge für den Krankheitsfall? Kostengünstig, leistungsstark, individuell, zuverlässig? Dann werden auch Sie Mitglied bei Deutschlands größtem privaten Krankenversicherer.

Mehr als 2,1 Millionen Vollversicherte profitieren bereits von den hervorragenden Leistungen der Debeka.

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98-0
www.debeka.de

Februar 2010
Platz 1
 „langjährig hervorragende Leistungen“
 Bestnote „bilanzstärkste Gesellschaft“
 Bestnote „servicestärkster Versicherer“
 Vergleich von Krankenversicherungen

anders als andere

Kommentar



Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek zum Gesundheitsmanagement bei der Polizei

Gesundheitsvorsorge ist Führungsaufgabe

Die Arbeitswelt in der Polizei ist immer stärker durch Leistungsdruck und Arbeitsverdichtung geprägt. Die Phasen der Erholung werden immer kürzer. Das Einsatzgeschehen zwischen Einsätzen an den Wochenenden und Demonstrationen lässt keine Zeit, um Atem zu holen. Das Ergebnis einer Befragung bei 177 Bundesbehörden zeigt, dass zwar Angebote der Gesundheitsförderung etabliert sind, doch nur ein Drittel der Behörden handelt systematisch und zielorientiert. Richten wir den Blick dabei nur auf die Bundespolizei mit einem Personalkörper von ca. 40.000 Beschäftigten, existiert noch überhaupt kein systematischer Ansatz. Vereinzelt gibt es in Dienststellen Angebote. Dies erfolgt in Abhängigkeit des Engagements dort vorhandener Personen mit zum Teil privat erworbenen Qualifikationen in der Gesundheitsförderung. Eine Abstimmung oder ein Erfolgsabgleich, geschweige denn ein bundesweites Gesamtkonzept, gibt es nicht. Die Ende 2009 unterzeichnete Gemeinsame Initiative des BMI und des DGB zur Förderung des Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung ist noch nicht einmal ansatzweise ausgewertet oder umgesetzt, obgleich es beispielsweise in den Ländern Niedersachsen und Rheinland-Pfalz insbesondere für die Situation der Polizei schon einschlägige Regelungen und Aktivitäten gibt. In der bundesweiten Organisation der Bundespolizei liegt die Ursache für ein weiteres eigenständiges Belastungsmerkmal für deren Beschäftigte. Die Menschen in der



Bundespolizei durchleben seit 1992 eine nahezu permanente Neuausrichtung des dienstlichen Gefüges. Veränderte Aufgabenschwerpunkte und die europäische Entwicklung fordern räumliche Beweglichkeit. Die Folge sind sozial entwurzelte Menschen. Organisationspsychologie ist deshalb kein „Wellnessthema“. Für die Bundespolizei gibt es einen wissenschaftlichen Befund aus einer Studie der Fachhochschule Magdeburg, die diese These belegt. Die Organisation mit der Folge einer Verdichtung der Arbeit macht krank. Wenn die Aussage „der Mensch ist unsere wertvollste Ressource“ Folgen haben soll, muss hier ange-setzt werden. An dieser Stelle muss deutlich ein Belastungsausgleich angemahnt werden. Führung in der Polizei wird seit den 90er Jahren mit wirtschaftlicher Betriebsführung verwechselt. Die geforderte Flexibilität in der gegenwärtigen Arbeitswelt wird in der Polizei über das angemessene Maß hinaus verlangt. Wir können nicht mit den Schultern zucken und so tun, als seien Belastungen und ihre Folgen Naturgewalten, die zu akzeptieren sind. Wir wollen keine Mitarbeiter, die ständig „umgetopft“ werden und sich von ihrer Arbeit entfemen. ■



DGB

Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

www.das-rentenplus.de



Meldungen

Bahn

EVG fordert: Arbeitszeiten schärfer kontrollieren

Die EVG fordert mehr Kontrollen der Arbeitszeit auf den Loks privater Güterbahnen. So sollten Verstöße gegen die Arbeitszeitbestimmungen aufgedeckt und Beschäftigte geschützt werden. Fehlverhalten der Unternehmen müsse massiv geahndet werden, bis hin zum Lizenzentzug. Darüber hinaus sollten Unternehmen auf einer „Black-List“ veröffentlicht werden. Die EVG weist auf eine aktuelle Untersuchung hin, nach der Lokführer privater Unternehmen Haltesignale deutlich öfter überfahren als Lokführer der Deutschen Bahn. „Es gibt im Schienengüterverkehr eine wachsende Grauzone, in der offenbar mehr und mehr gegen Arbeitszeitbestimmungen verstoßen wird“, sagte EVG-Vorstand Martin Burkert. „Dagegen helfen nur regelmäßige Kontrollen. Die liegen letztendlich auch im Interesse der seriösen Unternehmen und der Beschäftigten insgesamt.“ Im Schienengüterverkehr sei mittlerweile auch der Einsatz von Lokführern im Rahmen von Leiharbeit gängige Praxis. „Grund dafür ist die hohe Intensität des Wettbewerbs der Branche“, so Burkert. Um einen Missbrauch der Zeitarbeit zu bekämpfen, sollten die Unternehmen auch verpflichtet werden, die Aus- und Fortbildung ihrer Lokführer zu verbessern und diese lückenlos zu dokumentieren. Der Gewerkschafter kündigte an: „Das werden wir auch bei einem Aktionstag Ende Februar deutlich machen.“ ■

Bund

Leiharbeit in Bundesbehörden

Auch in den Bundesbehörden sind zunehmend mehr Leiharbeiter beschäftigt: Ihre Zahl wuchs zwischen 2008 und 2010 von 771 auf 1.593. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Die meisten Leiharbeiter, nämlich 1.381, waren im letzten Jahr als Kantinen-

kräfte im Umfeld des Verteidigungsministeriums beschäftigt gewesen. 1.152 Mal seien Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter Krankheits- und Urlaubsvertretungen gewesen, 147 Mal hätten sie der „Bewältigung von Arbeitsspitzen“ gedient, 72 Mal der „Überbrückung bei Nachbesetzungen“. Zumeist hätten die Arbeitsverhältnisse zwei Monate andauert, lediglich drei Prozent seien übernommen worden. Die Linksfraktion kritisierte diese Entwicklung. Es gehe dabei „offensichtlich um den systematischen Ersatz von regulären Stellen durch Leiharbeit“, von der Bundesregierung benutzt zu „Lohndumping und zum Heuern und Feuern“. ■

3.650 Stellen in der Zollverwaltung unbesetzt

Der deutschen Zollverwaltung fehlt es derzeit an 3.650 Arbeitskräften. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag hervor. Der Personaleinsatz liege bei 33.742 Arbeitskräften, der Personalbedarf betrage hingegen 37.392 Arbeitskräfte. Die Linksfraktion weist auf ein drastisches Beispiel für negative Auswirkungen des Personalfehls hin: den Arbeitsbereich Vollstreckung. Zum Jahresende 2009 betrug die Anzahl der noch offenen Vollstreckungsfälle laut Bundesregierung rund 1,2 Millionen mit einem Gesamtvolumen von 4,652 Mrd. Euro. „Wie angesichts von pauschalem Stellenabbau, Überalterung der Beschäftigten und geringer Einstellungskorridore absehbare zusätzliche Aufgaben geschultert werden können, ist fraglich“ so die Linksfraktion des Deutschen Bundestages.

Bundeswehr: Defizite bei der Vereinbarkeit von Dienst und Familie

Wie der Wehrbeauftragte der Bundesregierung, Hellmut Königshaus, in seinem Jahresbericht 2010 mitteilt, bestehen bei der Bundeswehr Defizite bei der Vereinbarkeit von Dienst und Familie. Königshaus bemängelt

die Umsetzung der Konzeption „Vereinbarkeit von Familie und Dienst“ des Bundesverteidigungsministeriums, welche bereits seit über vier Jahren bestehe. Zwar seien erste Schritte vorgenommen worden, jedoch bestünden weiterhin erhebliche Mängel wie im Bereich der Kinderbetreuung. So fehle es an den Bundeswehrstandorten nach wie vor an Betreuungsplätzen. Der Wehrbeauftragte nimmt dabei den Dienstherrn in die Pflicht, im Rahmen seiner Fürsorgepflicht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Dienst zu gewährleisten.



Foto: digitalstock.de/M. Otto

Das Pendeln zwischen Dienst- und Wohnort sowie Abwesenheit durch sonstige dienstliche Verpflichtungen belasteten das Familienleben zahlreicher Soldatinnen und Soldaten zusätzlich. Zudem würden beispielsweise Anträge auf Teilzeitarbeit insbesondere im Sanitätsdienst aufgrund mangelnder Ausgleichsmöglichkeiten oftmals abgelehnt.

Bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Dienst gehe es jedoch nicht nur um eine Entlastung der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien an sich. Im Hinblick auf einen steigenden Wettbewerb um geeignete Bewerberinnen und Bewerber in der Zu-

Meldungen

kunft spielten solche „zentralen Attraktivitätsfaktoren“ eine immer größere Rolle. Der Dienstherr sei nun in der Pflicht, durch zusätzliche Mittel die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr in diesem Bereich deutlich zu verbessern. ■

Post/Postbank/Telekom

Situation der Beamten nach Verkauf der Postbank AG

Für 10.437 Beamtinnen und Beamte bei der Postbank sind für die Zeit nach der vollständigen Übernahme durch die Deutsche Bank keine Regelungen zur Weiterbeschäftigung getroffen worden. Wie ihre Situation nach

dem Verkauf ist, wollte die SPD-Bundestagsfraktion über eine Kleine Anfrage herausfinden. In ihrer Antwort schreibt die Bundesregierung, die Veräußerung von Anteilen an der Postbank durch die Post AG an die Deutsche Bank habe grundsätzlich keine Auswirkungen auf die Weiterbeschäftigungspflicht und die damit verbundenen Rechte und Pflichten der Postbank AG oder auf die Ausübung der Rechtsaufsicht durch das Bundesfinanzministerium. Der Status der weiterbeschäftigten Beamtinnen und Beamten bleibe unberührt. Dies gelte ebenso für die Ausübung von Dienstherrnenbefugnissen durch den Bund. Anzeichen dafür, dass eine Weiterbeschäftigung fraglich sein könnte, sieht die Bundes-

regierung nicht. Versetzungen, Abordnungen und Zuweisungen seien jederzeit nach den allgemeinen beamtenrechtlichen Regelungen möglich. Von den 10.437 Beamtinnen und Beamten arbeiteten im Dezember 2010 152 Beamtinnen und Beamte in Bundesbehörden oder der Bundesagentur für Arbeit, ein Beamter war bei einer Landesbehörde eingesetzt. Nach Auskunft der Bundesregierung haben 76 Beamtinnen und Beamte Anträge auf Versetzung in den Vorruhestand gestellt, zwei davon wurden mangels gesetzlicher Voraussetzungen abgelehnt. Die letzten bei der Postbank beschäftigten Beamtinnen und Beamte werden zwischen 2044 und 2048 in den Ruhestand gehen. ■

– Anzeige –



Unser Angebot – Ihr Vorteil

Das Informationsangebot des DBW

OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie mehr als 800 PDFs auf allen Websites des DBW öffnen, lesen und ausdrucken können. Im Angebot des OnlineService finden Sie auch einige Ratgeber als OnlineBuch, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht für Beamte und Tarifbeschäftigte“ und „FrauenSache im öffentlichen Dienst“.



Das alles für nur 10,00 Euro (inkl. MwSt.) bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Anmelden können Sie sich für den OnlineService unter www.dbw-online.de/onlineservice.

Bestellung

per E-Mail: info@dbw-online.de
per Telefon: 0211 7300335
per Telefax: 0211 7300275
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.
Ratiborweg 1
40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: www.dbw-online.de

Ich zahle / Wir zahlen per Ermächtigung zur Lastschrift:

JA, ich möchte ab sofort am OnlineService teilnehmen.

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift

Aus den Ländern



Zum Auftakt der Tarifrunde für die Tarifbeschäftigten der Länder am 4. Februar 2011 in Berlin machte Bremens Finanzsenatorin Karoline Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) deutlich,

dass ein zu hoher Tarifabschluss den Austritt Bremens aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zur Folge haben werde. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fühlen sich erpresst und fordern eine Abkehr von der derzeitigen Finanzpolitik.

Linnert, die erstmals als stellvertretende Verhandlungsführerin der Länder auftritt, kündigte an, einen Tarifabschluss, der für Bremen nicht bezahlbar ist, abzulehnen. So stellte sie klar: Sollte ein Verhandlungsergebnis zustande kommen, „das wir in Bremen unter gar keinen Umständen auch nur ansatzweise schultern können, dann habe ich auch die innere Freiheit, dies abzulehnen und zu versuchen, mit anderen Ländern den Tarifabschluss zu verhindern“. Als „letztes Mittel“ bleibe ihr immer noch der Austritt aus TdL, wobei sie diesen Lösungsweg nicht anstrebe.

Personaleinsparungen angedroht

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern, die allgemeinen Tabellenentgelte um einen Sockelbetrag in Höhe von 50 Euro und anschließend um drei Prozent zu erhöhen. Die Löhne würden damit durchschnittlich um fünf Prozent steigen. Linnert zufolge hat Bremen

ten.“ Laut der Finanzsenatorin werden im öffentlichen Dienst bis zum Jahr 2014 950 Stellen abgebaut. Bis 2020 will das hochverschuldete Land jährlich rund 100 Millionen Euro einsparen.

GdP: Unverschämtheit gegenüber den Beschäftigten

Linnert müsse zur Kenntnis nehmen, „dass bei der Polizei sowie im gesamten öffentlichen Dienst die Belastungsgrenzen deutlich überschritten sind“, forderte der Landesvorsitzende der GdP in Bremen, Horst Göbel. Und weiter: „In dieser Situation die Beschäftigten von bundesweiten Gehaltsentwicklungen abkoppeln zu wollen, ist eine Unverschämtheit.“ Marita Rosenow fragt sich: „Das Land Bremen steht als Niedriglohnland und als Land mit prekären Arbeitsverhältnissen bereits jetzt an der Spitze. Soll dies nun auch auf alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst übertragen werden?“

Linnert droht mit Ausstieg

Bremens Finanzsenatorin will zu hohen Tarifabschluss nicht mittragen

ver.di, GEW und GdP hoffen aufgrund der klaren Worte Linnerts, „dass nun allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst deutlich geworden ist, was in dieser Tarifrunde auf sie zukommt“.

Bei einer am 14. Februar 2011 veranstalteten Demonstration vor dem Gebäude der Bremer Finanzbehörde machten etwa 250 Beschäftigte



Wollen sich nicht einschüchtern lassen: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Bremen.

Fotos: Kornelia Knieper

bei der Finanzplanung einen Personalkostenanstieg um 0,9 Prozent eingeplant. „Jeder Tarifabschluss, der darüber hinausgeht, muss mit weiteren Personaleinsparungen erbracht werden“, sagte sie in einem Interview.

„Eine solche Drohung weisen wir als völlig unangemessen zurück“, konterte die stellvertretende ver.di-Landesbezirksleiterin Marita Rosenow. „Frau Linnert lässt ihre Beschäftigten im Land noch stärker die Zeche für die verfehlte Finanz- und Steuerpolitik zahlen. Neben dem Abbau von rund 1.000 Stellen sollen sie nun auch auf Gehalt verzich-

des öffentlichen Dienstes deutlich, dass sie sich nicht einschüchtern lassen. Eine Sprecherin von ver.di warf der Finanzsenatorin Erpressung vor. Statt Rosen hinterließen die Demonstranten Linnert zum Valentinstag nur die Stiele ihrer mitgebrachten Blumen.

Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der TdL für die rund 800.000 Tarifbeschäftigten werden am 24. Februar 2011 fortgesetzt. Die Gewerkschaften fordern, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten der Länder und Kommunen zu übertragen. Auch dieser Forderung widersprach Linnert bereits. ■

Aus den Ländern

Baden-Württemberg

DGB bezieht Position zur Wahl

Anlässlich der Landtagswahl in Baden-Württemberg hat der DGB seine Forderung nach guten und qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen bekräftigt. In seinen Positionen zur Wahl am 27. März spricht sich der DGB dafür aus, privatisierte Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunale Hand zurückzuführen. Er betont: „Gute öffentliche Dienstleistungen verlangen motivierte



Beschäftigte mit einem gerechten Einkommen und guten Arbeitsbedingungen.“ Sie sollen bei Veränderungen einbezogen werden. Daher verlangt er „einklagbare Mitbestimmungsrechte im Landespersonalvertretungsgesetz“. Der DGB fordert auch, dass mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt und Personalreserven für Krankheit oder Fortbildung aufgebaut werden. Öffentliche Aufträge sollen auf Grundlage eines Vergabegesetzes erfolgen, das die Einhaltung von Tarifbestimmungen vorschreibt. Der DGB spricht sich gegen Rente und Pension mit 67 Jahren aus. Statt einer höheren Altersgrenze für den Eintritt in

den Ruhestand seien altersgerechte Arbeitsplätze, Gesundheitsvorsorge und Weiterbildung nötig. ■

Bayern

SPD formuliert Vergabegesetz

Die SPD hat einen Entwurf für ein bayerisches Vergabegesetz vorgelegt. Der DGB lobt, die SPD greife mit der Initiative seine langjährige Forderung auf: „Mit diesem Gesetz könnten der in Bayern bislang gesetzlich legitimierte und offenbar von der Staatsregierung gewollte Lohn-Unterbietungswettbewerb von Anbietern bei öffentlichen Ausschreibungen zumindest deutlich eingedämmt werden“, sagt die stellvertretende Landesvorsitzende Christiane Berger. Der mit dem Europarecht konforme Entwurf schließe Schlupflöcher für Lohndumping, schlechte Arbeitsbedingungen und unzureichende Qualifikationen. Weitergehende Regelungen zu Mindestlohn oder Urlaubsansprüchen könnten problemlos eingearbeitet werden. ■

Berlin

Familienzuschlag nicht nur für Eheleute

In Berlin sollen homosexuelle Beamtinnen und Beamte einen Familienzuschlag erhalten. Der Entwurf des neuen Landesbesoldungsgesetzes regelt den Bezug eines Familienzuschlags für Beamtinnen und Beamte, die Kinder ihres Lebenspartners oder ihrer -partnerin in ihrem Haushalt aufgenommen haben. Der DGB Berlin-Brandenburg begrüßt, dass damit Lebenspartnerschaften und Ehen gleichgestellt werden. Auf dem Bundeskongress 2010 hat der DGB beschlossen, gegen Diskriminierung und Benachteiligung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern einzutreten. In einer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf fordert die Bezirksvorsitzende Doro Zinke den Senat auf, auch auf ein diskriminierungsfreies Versorgungsrecht hinzuwirken.

Die Regelungen des Besoldungs- und Versorgungsrechts, die sich nur auf Ehepartner beziehen, sollten angepasst werden. ■

Brandenburg

Beamte sollen für Disziplinarklage zahlen

Gebühren für ein gerichtliches Disziplinarverfahren sollen in Brandenburg künftig die beklagten Beamtinnen und Beamten tragen. Die Gebührenfreiheit soll entfallen. Das Land will dazu das Landesdisziplinargesetz ändern. Der DGB lehnt die Neuregelung ab. Die Behörde strengt die Klage an, etwa um einen Beamten oder eine Beamtin zurückzustufen oder aus dem Dienst zu entlassen. Es sei „nicht sachgerecht, den Beklagten neben der Disziplinarmaßnahme zusätzlich mit den Kosten dieses nicht von ihm eingeleiteten Klageverfahrens zu belasten“. Das Innenministerium argumentiert, der Betroffene habe durch sein pflichtwidriges Verhalten zu verantworten, dass ein Verfahren eingeleitet werde und somit auch die Kosten zu tragen. ■

Bremen

Beschäftigte planen Veränderungen mit

Bremer Landesbeschäftigte sollen früh einbezogen werden, wenn neue Arbeitsstrukturen und Projekte geplant sind. Das haben Senat und Gesamtpersonalrat in der Dienstvereinbarung zu „Grundsätzen und Verfahren der Beschäftigtenbeteiligung bei Organisationsentwicklungsprozessen“ besiegelt. Sie beschreibt, wie und wo die Beschäftigten an neuen organisatorischen Regelungen mitarbeiten können. Es soll darauf geachtet werden, dass unterschiedliche Gruppen aus verschiedenen Hierarchieebenen beteiligt werden. Auch die Interessenvertretungen würden von vornherein einbezogen. Über Ziele von Veränderungsprozessen soll frühzeitig informiert werden, Entscheidungsverfahren sollen

Aus den Ländern

transparent sein. „Es ist sinnvoll, die Erfahrungen und Ideen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den notwendigen Umbau der Verwaltung zu nutzen“, befand Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne). Die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Doris Hülsmeier, ist überzeugt, dass „die Beteiligung ein Garant für gute Arbeit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und gute Arbeitsbedingungen ist“. Aufgrund von Finanznot und veränderten Anforderungen an öffentliche Dienstleistungen überprüft Bremen seine Verwaltungsstrukturen. ■

Hamburg

DGB fordert mehr Mitbestimmung nach Wahl

Eine Politik für eine solidarische Stadt strebt der DGB nach der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft an. Solidarität und Gerechtigkeit nennen die Gewerkschaften als zentrale Werte in ihrem Positionspapier mit dem Titel „Gute Arbeit, faire Chancen, gerechte Politik für Hamburg“. Der DGB verlangt eine verstärkt auf Einnahmen ausgerichtete Steuer- und Haushaltspolitik, um öffentliche Aufgaben ausreichend finanzieren zu können. Privatisierungen und Verkäufe staatlicher Unternehmen sollten nur mit Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger möglich sein. Mitbestimmung fordert der DGB auch für Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Die paritätische Mitbestimmung in öffentlichen Unternehmen solle wieder eingeführt und Mitbestimmungsstarifverträge abgeschlossen werden. Von Politik und Gesellschaft erwartet der DGB ein Bekenntnis zur Polizei. Bei der Polizei müsse Schluss sein mit Lohneinbußen und Personaleinsparungen. „Es muss jetzt endlich einmal wieder besser werden für die Mitarbeiter“, fordert der DGB. Die Polizei brauche gut ausgebildetes Personal, um innere Sicherheit und Freiheit gewährleisten und Kriminalität vorbeugen zu können. Das setze leistungsgerechte Entlohnung voraus. ■

Hessen

Resolution gegen eingeschränkte Mitbestimmung

Die GEW Hessen sieht die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Referendarinnen und Referendare in Gefahr. Eine Änderung des Personalvertretungsgesetzes soll Lehrkräften im Vorbereitungsdienst das passive Wahlrecht für die Personalräte der Studienseminare entziehen. Die Interessen der Referendarinnen und Referendare blieben unberücksichtigt, wenn in den Personalräten nur noch Ausbilder vertreten wären, befürchtet die GEW. Sie fordert dazu auf, eine Resolution „gegen die Beschneidung von Mitbestimmungsmöglichkeiten“ zu unterschreiben. Diese steht im Internet unter www.gew-hessen.de. ■

Mecklenburg-Vorpommern

DGB fordert bessere Bezahlung für junge Beamte

Der DGB fordert Mecklenburg-Vorpommerns Regierung auf, junge Beamtinnen und Beamte besser zu besolden. Das Land müsse gegenüber anderen – insbesondere norddeutschen – Ländern aufholen, mahnt er in einer Stellungnahme zum Kabinettsentwurf für ein Landesbesoldungsgesetz. Der DGB verweist auf Hamburg, das mit einer besseren Bezahlung für Junge den Wettbewerb eröffnet habe. Er bemängelt, dass mit der Einführung von Erfahrungsstufen nicht die Gelegenheit wahrgenommen werde, junge Beschäftigte besser zu besolden. Das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe Eins soll A4, das der Laufbahngruppe Zwei A 10 zugeordnet werden. Halteprämien für Mitarbeiter, die sich in einem anderen Bundesland beworben haben, beurteilt der DGB kritisch. Er befürwortet jedoch eine Ausgleichszulage für auswärtige Beamtinnen und Beamte, die unter das Dienstrecht Mecklenburg-Vorpommerns fallen. Das wäre etwa der Fall, wenn dort eine öffentlich-rechtliche Anstalt der nord-



Foto: istockphoto.com/PeJo29

deutschen Länder entstünde. Der DGB nimmt auch Stellung zum Entwurf des neuen Beamtenversorgungsgesetzes. Dieser „federt die Konsequenzen aus der Anhebung von Lebensaltersgrenzen nicht im Geringsten ab“. Eine Versetzung in den Ruhestand vor dem 67. Lebensjahr komme Beamtinnen und Beamte „überdurchschnittlich teuer“ zu stehen. ■

Niedersachsen

Polizisten vermissen Rückhalt in der Politik

„Erschütternde Ergebnisse“ hat laut GdP eine Befragung zur Einsatzbelastung der Polizei in Niedersachsen erbracht. Die Einsatzbelastung sei viel zu hoch und das Vertrauen der Beschäftigten in die Politik „schwer beschädigt“, bilanziert die GdP nach einer Online-Umfrage mit 3.500 Antworten. 70 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben an, ihre Belastung als hoch oder zu hoch zu empfinden. 87 Prozent waren der Auffassung, dass die Polizei den Kopf für politische Fehlentscheidungen hinhalten müsse. Nur 1,7 Prozent der Befragten haben das Gefühl, dass die Politik hinter der Polizei stehe. „Wen das nicht wachrüttelt, dem sind die Menschen in der Polizei egal“, resümierte der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff. Die GdP erwarte, dass die Ergebnisse vom obersten Polizeimanagement und der Politik ernst genommen werden. Schilff forderte „umgehend abgestimmte Konzepte, um die Polizei nicht weiter zu verschleißen“. ■

Aus den Ländern

Nordrhein-Westfalen

Neues Personalvertretungsrecht auf dem Weg

Das Landeskabinett hat einen Entwurf für ein neues Personalvertretungsgesetz in Nordrhein-Westfalen beschlossen. Innenminister Ralf Jäger (SPD) versprach eine „neue Kultur der Mitbestimmung und des gegenseitigen Vertrauens“ im öffentlichen Dienst. Die Personalratstätigkeit soll ausgeweitet und daher die Zahl der Freistellungen der Interessenvertreter erhöht werden. In Behörden ab 200 Mitarbeitern soll das Personalratsmitglied vollkommen freigestellt werden. Bei Verlängerung des Arbeitsverhältnisses, Kündigungen oder Versetzungen muss der Personalrat wieder zustimmen. Das ist eine der Forderungen des DGB, die aufgegriffen wurden. Die frühere Landesregierung hatte die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst 2007 stark eingeschränkt. ■

Rheinland-Pfalz

CDU kritisiert Pensionsfonds

Mit einem entsprechenden Gesetzentwurf will die rheinland-pfälzische CDU erreichen, dass Zuführungen zum Pensionsfonds nur erfolgen, falls „zur Finanzierung des Landeshaushalts keine Kreditaufnahme erforderlich ist“. Zudem sollen die Mittel des Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung nicht mehr in Schuldverschreibungen des Landes angelegt werden. Der DGB befürchtet, dass bei Verabschiedung des Gesetzes auf absehbare Zeit keine Mittel mehr an den Fonds fließen. ■

Saarland

ver.di fordert mehr Kontrolleure für Lebensmittel

Mehr Personal für die staatliche Lebensmittelkontrolle und häufigere Prüfungen fordert der ver.di-Landesbezirk Saar. Hintergrund ist der Skandal um krebserregendes Dioxin in Futter-

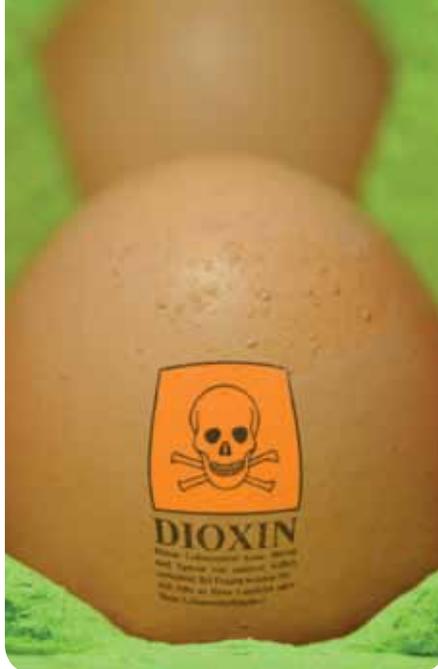


Foto: istockphoto.com/delectus

und Lebensmitteln. Landesbezirksleiter Alfred Staudt sagte, skrupellose Panscher bräuchten offensichtlich „drastische Strafmaßnahmen und eine hohe Kontrolldichte, die die Gefahr birgt, erlappt zu werden“. Im Saarland sei mit einem Prüfer auf rund 350 Betriebe die Gefahr groß, dass gepanschte Futter- oder Lebensmittel nicht entdeckt werden. Nur durch die Unabhängigkeit der staatlichen Kontrolle – mit ausreichendem Personal – könnten Auswüchse von verbrecherischer Habgier in der Futter- und Lebensmittelbranche vermieden werden. ■

Sachsen

DGB kritisiert „Umzugszirkus“ an Behördenstandorten

Sachsens Verwaltung läuft Gefahr, durch ein neues Standortkonzept ihre Bürgernähe zu verlieren. Das befürchtet der DGB, nachdem die Staatsregierung ihr Konzept zur Neuordnung der Behördenstandorte vorgelegt hat. „Das ist ein Umzugszirkus“, kritisierte die sächsische DGB-Vorsitzende Iris Kloppich. Sie sieht darin keine fachliche Begründung, sondern nur „politische Zufallsentscheidungen“. Kloppich: „Durch die Konzentration auf immer weniger Standorte werden die Wege für die Bürger weiter und die Beschäftigten müssen immer größere Anfahrtswege in Kauf nehmen.“ Der Verdacht bestehe, „dass durch die massive Umzugstätigkeit Beschäftigte vergraut werden sollen und damit das Einsparvolumen von 17.000 Beschäftigten in den nächsten Jahren erreicht werden soll“. Die Veränderungen betreffen insbesondere Polizei, Justiz,

Straßenbauverwaltung sowie Umweltbehörden. Statt sieben wird es nur noch fünf Polizeidirektionen geben, pro Landkreis sind maximal vier Reviere vorgesehen. Laut Konzept entsteht 2012 ein Landesamt für Straßenbau und Verkehr. Dazu werden die Straßenbauämter mit dem Autobahnamt zusammengelegt. ■

Sachsen-Anhalt

GEW: Kein Geld aus Bildungsetat für Straßenbau

Die GEW Sachsen-Anhalt ist empört über Finanzierungsvorschläge für den Straßenbau zu Lasten des Bildungsetats. Verkehrsminister Karl-Heinz Daehre (CDU) hatte angekündigt, Geld aus den Bereichen Bildung und Soziales zu nehmen, um sein Notprogramm zur Beseitigung von Schlaglöchern zu finanzieren. Daehres Idee bestätigte, „dass Bildung unter die Räder kommt“, sagte der GEW-Landesvorsitzende Thomas Lippmann. Er forderte das Kabinett auf, den Etat für Bildung und Soziales nicht anzutasten. ■

Schleswig-Holstein

Immer mehr befristete Verträge an Hochschulen

In einer überdimensionalen Sardinienbüchse haben Hochschulbeschäftigte in Schleswig-Holstein auf ihre Arbeitsbedingungen aufmerksam gemacht. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter drängten sich darin am 26. Januar auf dem Flensburger Südermarkt zusammen. Sie kritisierten fortschreitenden Personalabbau bei einer steigenden Zahl von Studierenden. In den vergangenen Jahren seien mehr als 20.000 Stellen entfallen. „Der Einsatz von Lehrbeauftragten und zeitlich befristeten Wissenschaftlern an den Hochschulen hat extrem zugenommen“, ergänzte Jens Mahler vom ver.di-Landesbezirk Nord. Mit der Aktion warben Landesbeschäftigte für die Forderungen der Gewerkschaften ver.di und dbb Tarifunion in den Tarifverhandlungen mit den Ländern. ■

Aus den Ländern

Thüringen

Geld soll nicht mehr in Pensionsfonds fließen

Thüringens Regierung will Zahlungen an den Pensionsfonds für Beamtinnen und Beamte aussetzen. Der DGB hält das nicht für zulässig. Beamtinnen und Beamte leisteten dauerhaft „einen schmerzhaften finanziellen Beitrag zur Finanzierung der in Thüringen ab 2020 zu erwartenden sprunghaft ansteigenden Versorgungslasten“, betont er in ei-

ner Stellungnahme zum Gesetzesvorhaben. Es widerspreche rechtsstaatlichen Grundsätzen, dass die Landesregierung diese Beiträge „nicht wie vorgeschrieben in den Pensionsfonds einzahlt, sondern zweckentfremdet für andere Dinge ausgibt“. Wenn sie meine, die Versorgungslasten ohne kontinuierliche Einzahlungen in den Fonds finanzieren zu können, „dann sollten unseres Erachtens zunächst die Einsparungen bei den Bediensteten aufgehoben und die Besoldung und Pensionen entsprechend angehoben wer-

den“. Seit 1999 werden 0,2 Prozent der Besoldungserhöhung dem Fonds zugeführt. Zusätzlich sinkt das Versorgungsniveau in acht Schritten von 75 Prozent der letzten Dienstbezüge auf 71,75 Prozent. Der Unterschiedsbetrag fließt in die Rücklage. Laut Landesbesoldungsgesetz sollen die auf den 30. Juni 2008 folgenden fünf Besoldungsanpassungen nicht vermindert werden. Drei Anpassungen wurden bereits vorgenommen. Für die beiden nächsten will das Land die Einzahlung in den Fonds aussetzen. ■

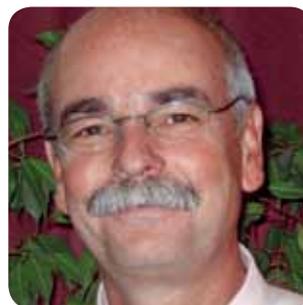
Porträt



Im Porträt: Werner Grigo, Hauptdezernent, Bezirksregierung Arnsberg, Abt. Bergbau und Energie in NRW

Im Spagat zwischen Ökonomie und Ökologie

Wer in Nordrhein-Westfalen ein neues Projekt im Bereich Braunkohle- oder Rohstoffförderung beginnen will, kommt an Werner Grigo und seinen Mitarbeitern nicht vorbei. Der Hauptdezernent in der Abteilung „Bergbau und Energie in NRW“ der landesweit zuständigen Bergverwaltung und seine Kollegen verantworten das umfangreiche Genehmigungsmanagement für neue Bergbauprojekte. Über das Design der Genehmigungen setzen sie hohe Umweltstandards und strenge Sicherheitsstandards für die Beschäftigten durch. „Unsere Aufgabe ist ein Ausgleich der Interessen: Auf der einen Seite die Wirtschaft im knallharten internationalen Wettbewerb, auf der anderen Seite oft Beschäftigte, Bevölkerung und Umwelt. Das ist der viel beschworene Spagat zwischen Ökonomie und Ökologie.“ In NRW arbeiten rund 35.000 Beschäftigte im Bergbau. Nur noch wenige junge Menschen entscheiden sich für ein Studium in den Bereichen Bergbau und Rohstoffe. Im Gespräch spürt man Werner Grigos Begeisterung für sein Arbeitsgebiet. Für den Bergbau als Beruf zu werben, fällt ihm leicht: „Bergbau ist ein Beruf mit Zukunft.“ Rohstoffe seien die Grundlage unseres Lebens. Von den Mineralien in der Zahnpasta über den Sand, der beim Hausbau benötigt wird, bis hin zum Strom aus Kohle- oder Gaskraftwerken – ohne Rohstoffe gehe gar nichts. Außer-



dem habe man in diesem Job immer mit Menschen zu tun. Deshalb sollten Neueinsteiger Freude an der Arbeit im Team mitbringen. Werner Grigo selbst spezialisierte sich schon während seines Ingenieurstudiums auf den Bereich Bergbau. Nach dem Studium, das ihn nach Aachen, Österreich und London führte, arbeitete er zunächst in der Industrie. Über ein Fachreferendariat in der nordrhein-westfälischen Bergbehörde kam er in den Staatsdienst. Dort machte man ihm ein interessantes Jobangebot. So blieb er. Bis heute macht dem 52-Jährigen die Arbeit großen Spaß. Als Sohn eines Bergmannes kam Werner Grigo früh mit der Gewerkschaft in Berührung: „Mein Vater war gewerkschaftlich organisiert. In der Familie standen gewerkschaftliche Themen sehr oft auf der Tagesordnung.“ Gegen Ende seines Studiums trat er selbst in die Gewerkschaft ein, die damals noch IG BE hieß und 1997 mit anderen zur IG BCE fusionierte. Seit vielen Jahren engagiert sich der Familienvater ehrenamtlich in der IG BCE, eine Zeit lang war er im Personalrat aktiv. ■



Gewerkschaftliche Interessenvertretung, Teil II

FAQ zur Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

Das „Magazin für Beamtinnen und Beamte“ beantwortet in dieser Ausgabe weitere Fragen, die sich nach der im Dezember 2010 stattgefundenen Verschmelzung von TRANSNET und GDBA zur Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) stellen.

Wie viele Mitglieder aus welchen Bereichen hat die EVG?

Die EVG hat zum 1. Dezember 2010 rund 240.000 Mitglieder, wovon 210.000 die ehemalige TRANSNET einbringt und 30.000 die GDBA. Darunter sind Busfahrer, Servicekräfte, Binnenschiffer auf dem Bodensee ebenso wie klassische Eisenbahner zu finden.

Wo befinden sich Anlaufstellen für die Mitglieder der EVG?

Um in der Fläche präsent zu sein und eine leistungsfähige Infrastruktur vorzuhalten, werden bundesweit 32 verkehrsgünstig gelegene Geschäftsstellen eingerichtet.

Wie hoch ist der Mitgliedsbeitrag der EVG?

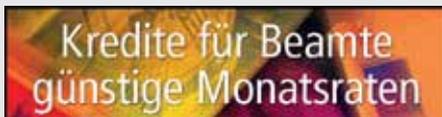
Im Berufsleben stehende Mitglieder zahlen monatlich ein Prozent ihres Bruttoeinkommens, ohne dass dabei Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld oder Kinderzulagen eingerechnet werden. Rentner und Rentnerinnen sowie Pensionäre und Erwerbslose zahlen 0,7 Prozent.

Auszubildende oder Mitglieder in vergleichbaren Beschäftigungsverhältnissen 0,5 Prozent. Der Mitgliedsbeitrag Hinterbliebener liegt bei 3,50 Euro im Monat.

Wie ist die EVG strukturiert?

Einen Kern bilden die Betriebs- und Dienststellengruppen, in denen betriebliche und behördliche Gewerkschaftspolitik vorbereitet, beraten und umgesetzt wird. Zudem finden sich auf örtlicher Ebene Seniorengruppen. Gebündelt wird dies durch Ortsverbände. Analog dazu werden außerdem Ortsseniorenleitungen, -frauenleitungen und -jugendleitungen gebildet. Auf Länderebene werden Landesverbände gebildet, in denen sich wiederum Vertreter der Ortsverbände, der Frauen, der Jugend und der Senioren wiederfinden. Insbesondere die Verkehrspolitik findet zum großen Teil auf Länderebene statt. Auf dem alle fünf Jahre stattfindenden Gewerkschaftstag werden 300 Delegierte die Gewerkschaftspolitik der nächsten Jahre beschließen und den Geschäftsführenden Vorstand wählen. Zudem findet jedes Jahr ein kleiner Gewerkschaftstag statt, auf welchem die Programmatik für das Folgejahr beschlossen wird. Ein weiteres Spitzengremium ist der Bundesvorstand, dem u. a. die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes, die Vertreter aus den Wahlkreisen und die der Jugend und Senioren angehören.

Internetanzeigen im Bannerformat Online. der schnelle Weg zum Ziel



Darlehen gibt es auch für Tarifkräfte
www.beamtenkredite-online.de



Mit einer Stellenbörse für Ausbildungsplätze
www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de



Nur 10 Euro im Jahr: OnlineBücher des DBW
www.dbw-online.de/online-service



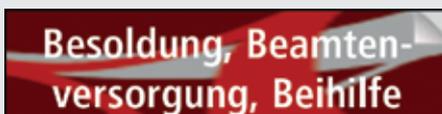
Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst
www.der-oeffentliche-sektor.de/bezuegekonto

Sie wollen sich hier präsentieren?

Ihre Banner-Anzeige präsentieren wir im Beamten-Magazin und im Internet unter www.beamten-magazin.de. Für den Komplettpreis von 60 Euro (zzgl. MwSt.) erreichen Sie 34.000 Leser und monatlich 50.000 Besucher. Anzeigenbuchung unter www.beamten-magazin.de/anzeigenmarketing.



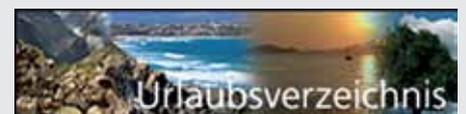
Aus der Praxis für die Praxis
www.die-oeffentliche-verwaltung.de/seminare



Der PDF-SERVICE für 15 Euro im Jahr
www.beamten-informationen.de/pdf_service



DBW Unser Angebot – Ihr Vorteil
www.dbw-online.de



Urlaubsverzeichnis
www.urlaubsverzeichnis-online.de



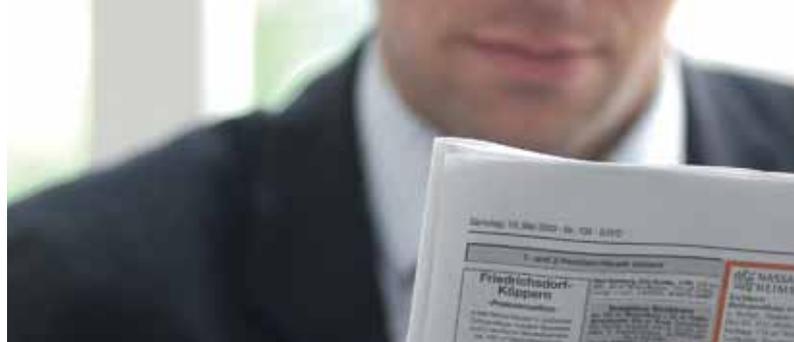
Beamte sind bei der Deutschen Bahn in den verschiedensten Bereichen tätig. Foto: EVG

→ **Wie sieht die Struktur der EVG bis zum ersten ordentlichen Gewerkschaftstag im Jahr 2012 aus?**

Der Geschäftsführende Vorstand wird auf diesem erstmals gewählt. Bis dahin gehören ihm Alexander Kirchner (Vorsitzender), Regina Rusch-Ziemba und Klaus-Dieter Hommel, beide als Stellvertreter, sowie Peter Tröge, Heinz Fuhrmann, Wolfgang Zell, Reiner Bieck, Martin Burkert und Wilhelm Bahndorf an. Bis 2012 wird auf der Bundesebene zudem ein Übergangs-Bundesvorstand aus den ehemaligen Gremien TRANSNET-Hauptvorstand und GDBA-Bundesvorstand gebildet. Die jetzigen Ortsverwaltungen der TRANSNET bzw. Ortsgruppen der GDBA bleiben zunächst bestehen. Die Mitglieder aller Gremien auf örtlicher Ebene bleiben bis zur Bildung der neuen Ortsverbände und den Wahlen zu den neuen Vorständen der Ortsverbände, längstens jedoch bis 31. Dezember 2011, im Amt.

Warum wird nicht bereits jetzt gewählt?

Der gesamte Prozess, die jetzt beginnende Übergangsphase, braucht Kontinuität und Ruhe. Es gilt, den Aufbau der EVG aktiv zu gestalten und Erfahrungen einzubringen. Dies tun am besten die, die bereits Verantwortung übernommen und die Bildung der EVG eingeleitet hatten. Deshalb gibt es auch eine Übergangsstruktur. ■



Kleinanzeigenmarkt

Altersvorsorge – Riester für Beamte

Sondertarife für Gewerkschaftsmitglieder: Sichern Sie sich jetzt die Riesterförderung für Beamte und Ehegatten unter www.das-rentenplus.de

Bank für den öffentlichen Dienst

BBBank – Jetzt zur Hausbank für Beamte und den öffentlichen Dienst wechseln. Mehr Informationen unter www.bezuegekonto.de

Ausbildung im öffentlichen Dienst

Starten Sie Ihre Karriere im öffentlichen Dienst als Auszubildender oder Beamtenanwärter unter www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de

Einkaufen

Einkaufsvorteile für Beamtinnen und Beamte unter www.einkaufsvorteile.de/bsw

Darlehen und Kredite

Anschaffungen oder Umschuldungen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst unter www.beamtenkredite-online.de

Beamtenversorgungsrecht

Praxis-Seminare zur Beamtenversorgung
Anmeldungen unter www.die-oeffentliche-verwaltung.de

Beihilfe

Ratgeber „Die Beihilfe“ nur 7,50 Euro
Bestellungen unter www.die-beihilfe.de oder per Tel.: 0211 7300335

OnlineService für den öffentlicher Dienst

OnlineService: Für nur 10 Euro können Sie mehr als 800 PDF zu den wichtigsten Themen im öffentlichen Dienst herunterladen, lesen und ausdrucken. Anmelden unter www.dbw-online.de

Gastgeber

Mehr als 5.000 Gastgeber unter www.urlaubsverzeichnis-online.de



DGB

Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

www.das-rentenplus.de



Interview



In 2007 wurde die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst von der schwarz-gelben Landesregierung in Nordrhein-Westfalen erheblich beschnitten. SPD und Grüne haben ihre Amtszeit mit dem Versprechen angetreten, die Mitbestimmung auf Augenhöhe wieder herzustellen und ein Gesetz einzubringen, dass den Ansprüchen eines modernen öffentlichen Dienstes gerecht wird. Über den nun vorliegenden Entwurf des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) sprach das „Magazin für Beamtinnen und Beamte“ mit dem DGB-Bezirksvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen Andreas Meyer-Lauber.

Hält der Gesetzentwurf, was die Regierungsparteien vor der Wahl versprochen haben?

Der Gesetzentwurf ist eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem derzeit geltenden LPVG. Zahlreiche Forderungen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften wurden aufgenommen, an vielen Stellen ist nun echte Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder möglich. Zum Beispiel muss der Personalrat bei ordentlichen Kündigungen, Befristungen oder auch vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand, künftig wieder zustimmen. Und auch eine angemessene Freistellung für Personalratstätigkeiten ist endlich vorgesehen.



Tatsächlich wurden wir bereits frühzeitig zu ausführlichen Gesprächen eingeladen. Diese Gespräche waren sehr konstruktiv und viele unserer Forderungen wurden in den Gesetzentwurf aufgenommen. In dieser Hinsicht hat die Landesregierung ihr Versprechen erfüllt. Fakt ist aber auch, dass der Einsatz der Landesregierung für mehr Mitbestimmung im öffentlichen Dienst dem großen Engagement der Gewerkschaften zu verdanken ist. Bereits

2009 haben die Gewerkschaften unter dem Dach des DGB ihre Positionen zu einem modernen Mitbestimmungsgesetz sehr genau formuliert.

Wie geht es mit dem LPVG jetzt weiter?

Wir dürfen nicht vergessen: Was bisher vorliegt, ist nur ein Gesetzentwurf. Unsere Arbeit als Spitzenorganisation gemeinsam mit den Mit-

Mehr Mut zu Neuregelungen

Dennoch hätten wir uns bei einigen Fragen mehr Mut zu Neuregelungen gewünscht. Die Regierung hatte ja angekündigt, mit einem modernen LPVG Nordrhein-Westfalen wieder zum Mitbestimmungsland Nr. 1 zu machen. Hierzu fehlen im Gesetzentwurf aber z. B. Regelungen, die auch neue Formen der Privatisierung und der wirtschaftlichen Betätigung in die Mitbestimmung der Beschäftigten einbeziehen. Darüber hinaus hat die Regierung leider versäumt, gerade die Beschäftigten unter den Schutz des LPVG zu stellen, die ihn am dringendsten bräuchten: Leiharbeiter und 1 Euro-Kräfte werden in dem Gesetzentwurf noch immer nicht berücksichtigt, auch wenn sie weisungsgebunden in der Dienststelle tätig sind oder der Dienstaufsicht unterliegen.

Die rot-grüne Landesregierung hat angekündigt, als „Koalition der Einladungen“ alle politischen Kräfte einzubinden und eine neue Kultur des Dialogs zu etablieren. Hat sie dieses Versprechen bei ihrem ersten großen Gesetzgebungsverfahren eingelöst?

gliedsgewerkschaften ist daher noch nicht beendet. Wir müssen uns wie bisher weiter stark machen für unsere Forderungen, damit NRW am Ende des Gesetzgebungsverfahrens tatsächlich wieder das Mitbestimmungsland Nr. 1 ist. Dafür werden wir bei allen Fraktionen im Landtag werben. ■

Zur Person

- 1952 in Ahlen geboren
- 1970–1977 Studium der Politikwissenschaft, Germanistik, Pädagogik und Philosophie an der Freien Universität Berlin (erstes Staatsexamen); 1979 zweites Staatsexamen für das Lehramt an einem Gymnasium in Minden
- 2004–2010 Vorsitzender der GEW NRW
- Seit September 2010 Vorsitzender des DGB NRW

Aus den Gewerkschaften



Schuldenbremse bremst Bildung

Die GEW hat anlässlich einer Tagung zur nachhaltigen Finanzierung von Bildung vor den Folgen der Schuldenbremse für den Bildungsbereich gewarnt. Die Schuldenbremse werde ganz schnell zur Bildungsbremse, mahnte der Vorsitzende der GEW Ulrich Thöne. Wer an der Bildung spare, säge an den Pfeilern der Gegenwart und an der Zukunft unserer Kinder. Schon heute gebe Deutschland viel zu wenig Geld für Bildung aus. Mit einem Anteil von 4,7 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liege Deutschland bei den Bildungsausgaben fast am Ende des OECD-Rankings. „Unter einer Schuldenbremse dürfte ein Land zukünftig keine Kredite – etwa für den Bau oder die bauliche Erweiterung einer Universität – mehr aufnehmen“, ergänzte der Vorsitzende der GEW Hessen Jochen Nagel.

Achim Truger, steuer- und finanzpolitischer Experte des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, räumte mit der verbreiteten Einschätzung auf, der Staat habe

in Deutschland durch verschwenderische Ausgabenpolitik über seine Verhältnisse gelebt und müsse nun durch die Schuldenbremse an die Leine gelegt werden. Im internationalen Vergleich sei Deutschland hinter Japan Vizeweltmeister in sparsamer Ausgabenpolitik, erläuterte Truger. Real seien die Ausgaben seit 1998 sogar geschrumpft, die Staatsquote deutlich gesunken. Dass es trotzdem immer wieder zu hohen Defiziten gekommen ist, erkläre sich aus der konjunkturbedingt schwachen Einnahmenentwicklung und großzügigen Steuersenkungen.

Die GEW fordert, Bezieher hoher Einkommen, Unternehmer und Vermögende stärker in die Verantwortung zu nehmen. Spitzensteuersatz und Körperschaftsteuer müssten erhöht und Kapitaleinkommen und Dividenden vollständig mit dem individuellen Steuersatz besteuert werden. Allein durch die Einführung einer Finanzproduktsteuer könne die öffentliche Hand nach Berechnungen der GEW jährlich 13,5 Milliarden Euro mehr einnehmen. ■

Keine Versicherung ist wie die andere.

Wenn es um die Finanzierung Ihrer Wünsche geht –
NÜRNBERGER
Beamtendarlehen.

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER
VERSICHERUNGSGRUPPE
seit 1884

Finanzdienstleister für den Öffentlichen Dienst

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG
Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg
Telefon 0911 531-4871, Fax -814871
MBoeD@nuernberger.de, www.nuernberger.de



Urteil

Bereitschaftszeit ist Dienstzeit

Die Zentrale Polizeidirektion Hannover muss einem Polizeibeamten, der 2005 während des Castor-Transports von La Hague nach Gorleben Bereitschaftsdienste leistete, dafür den vollen Freizeitausgleich gewähren. Die 32 Stunden Mehrarbeit wurden ihm lediglich zu 25 Prozent, also mit acht Stunden, auf die regelmäßige Arbeitszeit angerechnet. Das Verwaltungsgericht Lüneburg hatte die Klage des Polizisten zunächst als unbegründet abgewiesen. Der 5. Senat des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg allerdings gestand ihm weitere 24 Stunden Freizeitausgleich zu. In dem Urteil wird die für die Anrechnung zugrunde gelegte Arbeitszeitregelung für den Polizeivollzugsdienst von 1992 als rechtsfehlerhaft bezeichnet. Es sei unzulässig, Bereitschaftsdienste anders zu behandeln, wenn der Beamte direkt am Arbeitsplatz jederzeit zur Ver-

fügung stehen müsse. Der zeitliche Umfang der Dienstbefreiung müsse dem der geleisteten Mehrarbeit entsprechen. Eine lediglich anteilige Berücksichtigung und damit Differenzierung zwischen Voll- und Bereitschaftsdienst sei rechtswidrig. Für die GdP, die den Kläger in diesem Musterprozess unterstützt hatte, ist dieses Urteil ein Erfolg. GdP-Chef Bernhard Witthaut betonte, es sei ein Unterschied, ob man zuhause ungestört im Bett liege oder auf einer Pritsche im Mannschaftscontainer, wo man jederzeit in die Stiefel gerufen werden könne. Für ihn hat das Urteil Signalwirkung. Er forderte die Innenminister und -senatoren in Bund und Ländern auf, diese Entscheidung schnell umzusetzen. Weil aber die Rechtsfrage, ob die im Rahmen von Mehrarbeit geleisteten Bereitschaftsdienste im Verhältnis zum Freizeitausgleich wie Volldienst zu behandeln seien, von grundsätzlicher Bedeutung sei, hat der Senat Revision gegen dieses Urteil zugelassen. (Az.: 5 LC 178/09) ■

Literatur-Tipp

Arbeitsrecht als Lexikon

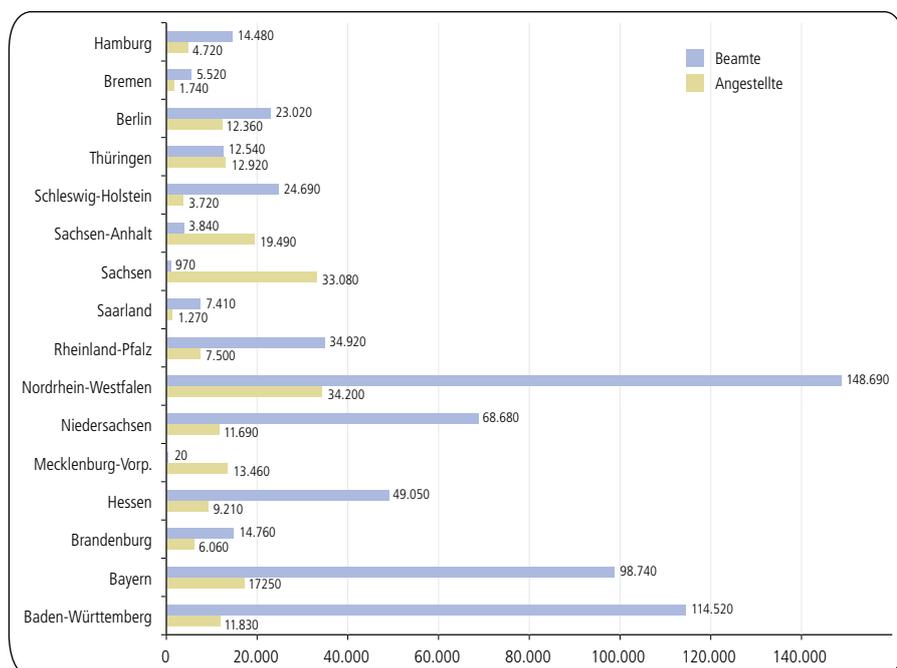
Das Lexikon „Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst 2010“ ist ein Praxishelfer im öffentlichen Dienst. Es umfasst das Tarifrecht (inkl. der Tarifrunde der Länder) und das allgemeine Arbeitsrecht, liefert Handlungsanweisungen und Querverweise zu Tarifrechtskommentaren. Das Lexikon enthält eine Schnellübersicht, einen Recherche-Navigator und kompakte Erläuterungen. Es übersetzt Juristendeutsch in stichhaltige Anweisungen, praktische Tipps und Umsetzungshilfen mitsamt Checklisten und Musterverträgen. ■



i Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst 2010, Jan Ruge u.a. (Hrsg.), Rehm-Verlag, 3. Auflage, 428 Seiten, 39,95 Euro, ISBN 978-3-8073-0137-2.

Zahlen, Daten, Fakten

Verteilung der Beschäftigten im Schuldienst der Länder nach dem Beschäftigungsstatus



Ob Beschäftigte im öffentlichen Dienst angestellt sind oder im Beamtenverhältnis stehen, ist oft willkürlich und hängt von der jeweiligen Einstellungspraxis der öffentlichen Arbeitgeber ab. Dies zeigt sich sehr deutlich am Beispiel der Beschäftigten im Schuldienst der Länder. Vor allem in den neuen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt ist der Anteil der Tarifbeschäftigten im Schuldienst überproportional hoch. In Thüringen sind etwa genauso viele Beschäftigte des Schuldienstes angestellt wie verbeamtet. In allen anderen Bundesländern ist der Anteil der Beamtinnen und Beamten im Schuldienst höher als der Anteil der Tarifbeschäftigten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6, Stand 28. Juli 2010

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie geben täglich alles und zeigen dabei immer vollen Einsatz. Gut, dass es jemanden gibt, der auch alles für Sie gibt: die DBV Deutsche Beamtenversicherung. Der Versicherungsspezialist im Öffentlichen Dienst, der exklusiv nur für Sie da ist. Und das schon seit über 135 Jahren. Kommen Sie zu Ihrem persönlichen Betreuer ganz in Ihrer Nähe und lassen Sie sich in einer der über 4000 AXA Agenturen beraten. Wir freuen uns auf Sie. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.DBV.de oder unter Telefon 0 180 3 - 00 57 57*.

*9 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk maximal 42 Cent, jeweils je angefangene Minute.



Ein Unternehmen der AXA Gruppe



Krankenversicherung

Beamte versichern sich privat

**Günstige Tarife – auch
für Beamtenanwärter –
bereits ab 24 € im Monat.**

Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause. Deshalb bieten wir genau die Beihilfe-Tarife, die Sie wirklich brauchen.

Das beste Rezept:

- besonders günstige Beiträge (z. B. nur 149,27 € im Monat*)
- attraktive Beitragsrückerstattungen

* für einen 30-Jährigen bei 50 % Beihilfe für die Tarife ambulant/stationär/Zahn

Weitere Informationen dazu finden Sie im Internet unter www.HUK.de

Kooperationspartner des

**DEUTSCHER
PERSONALRÄTE
PREIS 2012**



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig